Die Bürgermeisterin
24. JAN. 2023
I. Frau Dr. Bauernfeind + Ltr. Raum
II. weiter an: ZEP
KulturA/RWA - Vorlage
☐ m. d. B. um Rücksprache
☐ zur Stellungnahme
☐ Antwort zur Unterschrift
☐ z. A.
Kopien an:

AN/004/2023

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Marcus König
Rathaus

90403 Nürnberg

RWA u. KulturA

OBERBÜRGERMEISTER
18. JAN. 2023
/ ..... Nr. .....

2.BM	1 Zur Kts.	3	Zur Stellungnahme
BDR	2 X z.w.V.	4	Antwort vor Absendung vorlegen
		5	Antwort zur Unterschrift vorlegen

dM.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 18. Januar 2023

Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände als Täter- und Veranstaltungsort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zeppelinfeld, Große Straße, Meistersingerhalle und die zukünftige Interimsspielstätte des Opernhauses: Das ehemalige Reichsparteitagsgelände hat sich zu einem landes- und bundesweit begehrten Veranstaltungsort entwickelt.

Jedoch ist das städtische Gelände vor allem auch ein Ort der Täter*innen, der dringend unsere besondere Aufmerksamkeit und Schutz braucht. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das ehemalige Reichsparteitagsgelände bei unterschiedlichen Veranstaltungen immer wieder und ganz bewusst für die Inszenierung und Reproduktion von rassistischer und menschenverachtender Ideologie missbraucht wird. Beispiele sind hierfür der Fackelmarsch der NPD in 2019[1], die antisemitischen Redner*innen am 29. Mai 2022 in der Meistersingerhalle oder der aktuell umstrittene, geplante Auftritt der Metal-Band Pantera beim diesjährigen Rock im Park.

Die Stadt Nürnberg, die bei vielen Veranstaltungen oftmals Kooperationspartnerin und Veranstalterin ist, hat sich dabei als Stadt des Friedens und der Menschenrechte selbst verpflichtet, nur noch Signale des Friedens, der Völkerverständigung und der Menschlichkeit von diesem Ort zu senden. Diese Selbstverpflichtung gilt es stets und insbesondere bei genannten Fällen anzuwenden.

Die geschilderten Erfahrungen und aktuellen Ereignisse verlangen daher nach einer strukturellen und nachhaltigen Lösung, wie die Stadt solchen Vorfällen in Zukunft vorbeugen kann.

---

[1] siehe auch unseren Antrag *Konzept im Umgang mit rechtsextremen Äußerungen und Versammlungen entwickeln*, 27.02.2019 sowie den Bericht hierzu im Ältestenrat und Finanzausschuss, 22.05.2019, TOP Ö1

Wir stellen deshalb zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden **Antrag**:

- Die Verwaltung berichtet, welche rechtlichen Möglichkeiten und Entscheidungsspielräume es für die Stadt Nürnberg auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände gibt, um Veranstalter*innen bereits im Vorfeld in die Pflicht zu nehmen, eingeladene Redner*innen, Musiker*innen, Künstler*innen, Politiker*innen und weiteren Akteur*innen zu überprüfen, ob diese rechtsextreme, rassistische oder menschenverachtende Ideologien öffentlich verfolgen oder verfolgt haben.
- Die Verwaltung prüft, welche rechtliche Möglichkeiten es gibt, solchen Akteur*innen keine Plattform an diesem besonderen Ort zu bieten.
- Die Verwaltung berücksichtigt dabei die Zulassungspraxis vergleichbarer Kommunen (mit einem nationalsozialistischen oder rechtsextremen Täterort), um Lösungsansätze darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Réka Lörincz
Stadträtin

Natalie Keller
Stadträtin

Achim Mletzko
Fraktionsvorstand